SPRAWIEDLIWOŚĆ

Abonnementspreis für Überall:
ganzjährig . 8 Kronen
halbjährig . 4 „
vierteljährig 2 „

Eine einzelne Nummer kostet 24 Heller.

Inserate werden mit 10 kr. für die dreimalgespaltene Petitzeile berechnet.

Die Gerechtigkeit.

Organ für oeconomische, culturelle u. politische Interessen der Juden in Galizien.

Eigenthümer und Redacteur Ch. N. Reichenberg.

Redaction und Administration Sebastianergasse Nr. 34.

Erscheint jeden Freitag.

Nr. 40. u. 41. Krakau, 8. November 1900. VIII. Jahrgang.

Die internationale Hilfsactinn
für die armen Juden in den galizischen Kleinstädten.

XXVI.

Sämmtliche jüdische Blätter in Deutschland, enthalten Nummer um Nummer Aufrufe für die rumänischen Juden. Diese Aufrufe haben evident den Zweck, die Auswanderungsmanie der rumänischen Juden neuerdings zu entfachen, wodurch diese durch humanitären Uebereifer deutscher Wohlthäter in unheilstiffende Verwirrung und namenloses Elend gedrängt werden. Die paar Tausend rumänische Juden, welche im verflossenen Sommer ihre Heimath verliessen und auf Kosten der Sammlungen der Juden in der ganzen Welt über den Ocean gelangt seien, haben bis heute in der weiten Fremde keine Scholle gefunden, auf welcher sie sich durch schwere Arbeit etwa eine menschenwürdige Existenz schaffen könnten; diese flüchten von Canada nach Argentinien, von Argentien nach Brasilien und ertragen die Leiden und Qualen des »ewigen Juden« dadurch, weil sie unglücklicherweise von der Wanderungssucht ergriffen worden waren und einem Heimathland mit Verachtung den Rücken kehrten, in dem Milch und Honig fliessen. Rumänien erntet jahr jährlich soviel Getreide und Hülsenfrüchten, dass dieses Land alljährlich Millionen Metercentner Erdproducte per Schiffahrt und Eisenbahn nach allen Windrichtungen Europas exportirt. Dieses Land hat eine Weinlese á la Ungarn, eine Viehzucht, welche im Verhältnisse zum Territorium und der Bevölkerungszahl die russische bei Weitem übersteigt. In Rumänien beginnt ausserdem eine einheimische Industrie zu erblühen, die Bauthätigkeit ist daselbst in steter Zunahme und endlich gestaltet sich auch nunneht die politische und bürgerliche Lage der Juden in Rumänien zu Gunsten derselben aus. In ganz Rumänien leben sieben Millionen Einwohner, darunter 260.000 Juden ingesammt. Die Hälfte dieser Judenzahl ist besitzend, während die andere Hälfte sich aus kleinen Geschäftsleuten, Handwerkern und Arbeitern zusammensetzt. Wenn Rumänien in den vorletzten Jahren von Missernten heimgesucht ware und in diesem Lande momentan. Noth herrschte doch wird jeder Kenner der Verhältnisse der rumänischen Juden mit Festigkeit behaupten, dass diese gegenüber der jammervollen oeconomischen Lage der galiz. Juden in wahrlich geordneten Lebensverhältnissen im Allgemeinen sich befinden. Die ganze Affaire der Schürung der Auswanderung der rumänischen Juden ist nicht eines mit Vorsatz angelegten Schwindels rein. Wie sich hier in Galizien unter den 800.000 Juden sehr wenig reiche Leute finden, die für die armen ergiebig wirken könnten, so sind unter den 260.000 rumänischen Juden massenhaft steinreiche Juden, wahre Millionärs, vorhanden, die das arme jüdische Proletariat im Lande durch Auswanderung lichten wollen. Die Kosten dieser Emigration wälzen diese reichen jüdischen Bojaren zum Schaden der armen galizischen Juden, für welche sich bis zur Auswanderungs-Bewegung rumänischer Juden in Deutschland, Fngland, Amerika

Hilfsbereitschaft zeigte, auf die Welt herauf und und die gimpelhaften Helfer dieses Emigrations-Schwindels sind die jüdischen Blätter in Deutschland, die für die Entleerung Rumäniens von armen Juden und Entlastung der steinreichen jüdischen Bojaren und Banquiers in der Moldau ohne Aufhör in die Trommel schlagen. Die Frage der galizischen Juden scheint für diese Blätter perfect gelöst zu sein. Die paar galizischen Glaubensgenossen, die es verstehen, sich nach Frankfurt a. M. Mainz oder Leipzig einzuschleichen und in diesen Städten ständigen Aufenthalt zu nehmen, sind doch in Deutschland gern gesehene Personen; diese treiben den Hausirhandel und regen einerseits die Kauflust des Publikums an und anderseits fördern solche die einheimische Industrie und denjenigen Grosshandel, welcher einzig und allein durch arme Leute gedeihen kann, die in ihrer Noth dem aufreibenden und tödtenden Berufe des Hausirhandels sich widmen müssen. Die grosse Masse der armen jüdischen Bevölkerung in Galizien haben diese jüdischen Blätter, welche bei den deutschen Juden die oeffentliche Meinung in Beziehung der Humanität machen, hinter dem Rücken, denn gegen diese jammervolle Masse, die in ihrem Elende die Richtung gegen Deutschland wahrscheinlich nehmen würde, hat die deutsche Regierung, trotz der hohen Cultur und Menschenliebe dieses Reiches, direct die Grenze gesperrt. Kein armer galiz. Jude kann in Breslau oder Berlin sich Arbeit und Erwerb suchen.

Und ist es nicht ein moralisches Verbrechen der jüdischen Zeitungen in Deutschland, dass sie eine unheilbringende Auswanderung rumänischer Juden fortwährend schüren und herbeiführen, während diese die geplante internationale Hilfsaction für 300.000 hungernde galizische Juden todschweigen und vertuschen. Dieses Vorgehen der jüdischen Blätter in Deutschland wollten wir hier einmal doch auf's Tapet bringen, vielleicht gelingt es uns eine Aenderung der dies bezüglichen Dinge herbeizuführen, denn nicht die unnütze und verderbenbringende Emigration der rumänischen Juden, sondern das himmelschreiende Elend der galiz. Juden, der engen Nachbarn Deutschlands, sollte unseren deutschen Glaubensgenossen zu Herzen gebracht werden und diese Arbeit müssten die jüdischen Blätter in Deutschland verrichten, wenn sie gerechte und nothsprechende Angelegenheiten ihrer unglücklichen Glaubensbekenner in Wirklichkeit verfechten wollten.

(Fortsetzung folgt).

Zu den bevorstehenden Reichsrathswahlen.

IV.

Fluch dem Polenclube, nieder mit demselben, ist die Parole auf allen denjenigen Wählerversammlungen, die von den heissblüthigen Radicalen gefüllt und von den gemässigten, denkreifen und vernünftigen Bürgern prinzipiell gemieden sind. Was wäre sonst die Parole all. derjenigen Streber, welche zu Mandaten gelangen wollen uud diese doch absolut nicht erreichen würden, wenn sie sogar mit dem Polenclub Hand in Hand gehen sollten. Wenn nicht die scharfe Opposition, welche die von uns erwähnten Mandatshascher gegen den Polenclub beim rumorsüchtigen, wahlunberechtigten, jungen Publikum anzufachen verstehen, würden diese weder über politische Parolen noch über welchen sonstigen Redestoff auf den Wählerversammlungen verfügen. Das losdonnernde Geschimpfe gegen den Polenclub, ist daher das einzige politische Material, über welches die volksbeglückende Mandatsjäger disponiren und diser Stoff ist nunmehr so abgedroschen, dass die Anhörung desselben bei solchen, die mit politischen Dingen einigermassen vertraut sind Eckel hervorruft.

Würde es nicht bei den Gegnern des Polenclubs den Anschein zu Tage fördern, dass die obigen Zeilen von einem Lohnschreiber der Schlachta herrühren, dem die Aufgabe zufällt, die Socialisten zu bekämpfen und bloszustellen? Dieser Annahme soll sofort der Boden abgegraben werden, indem wir uns wie folgt mit der social-demokratischen Partei hierzulande beschäftigen werden: Diese Partei hat absolut ihre Lebensberechtigung und solche hat auch das Anrecht, auf die Mandate der V. Kurie in ganz Oesterreich zu reflectiren und für die Errauberung solcher im Rahmen des gesetzlich Zulässigen zu agitiren, weil diese Partei diejenige war, welche für die Einführung der V. Kurie kämpfte und quasi Blut verspritzte. Dagegen könnten wir uns mit der Wirksamkeit, welche die Führer dieser Partei in Galizien an den Tag legen im Interesse des ehrlichen Volkswohles nicht einverstanden erklären. In erster Linie haben die Agitationen zum Zwecke der Inscenirung von Strickes dazulande die Entwicklung der Industrie, die Vermehrung der Arbeitsgelegenheit, gehemmt. Viele, welche in den letzten Jahren in Galizien industreielle Unternehmen ins Leben rufen wollten, sind von diesem Gedanken vor Schreck, mit den verhetzten Arbeitern in Berührung kommen zu müssen, abgekommen. Das Land ist blutarm an Arbeitsgelegenheit und die kleinste Fabriksgründung daselbst ist unschätzbar für des nach Arbeit lechzende Volk.

Wir lassen vorläufig die Social-Demokratie abseits und werden uns nun mit dem Poleclube beschäftigen:

Der Polenclub verfügte bis zur letzten Auflösung des Reichsrathes über 53 Stimmen und war dieser ein bedeutender Factor im oesterreichischen Parlamente, mit dem die Regierung zählen musste und demzufolge hat das Land Galizien in politischer und nationaler Beziehung die bekannten Vortheile vom Staate erlangt. Wäre der Polenclub in mehrere kleinere Gruppen und in einzelnen Wilden zerstückelt, hätte Galizien im Abgeordnetenhause keine Repräsentanz, die im Nothfalle in der Lage wäre, zur Erreichung von Concessionen auf die Regierung und die Legistative einen Druck auszuüben. Der Polenclub hat in politischer und nationaler Hinsicht dem Lande sowohl nach Innen wie nach Anssen gute Dienste geleistet. Aber das Volk kann weder von der blossen Politik noch von dem blossen Nationalen leben, dieses hungert und streckt die Hände nach Brod aus, und der Polencfub sollte sich daher zur Aufgabe machen, ein drittes Gebiet in das Programm seiner Thätigkeit aufzunehmen u. z. die wirthschaftliche Hebung des Landes. Dieser sollte ausserparlamentarisch mit der Initiative zur Gründung von Actiengesellschaften für die Exploitation der Kohlenlagen in der Ropczycer, Przemyśler und Kolomear Gegend, für die Errichtung mehrerer Zuckerfabriken, für die Schaffung von grösseren Fabriksetablissements zur Erzeugung von Düngmitteln in Galizien, einem Agrarlande erster Bedeutung, welches den Dünger von anderen Ländern beziehen muss, hervortreten. Darum plaidiren wir für die Zusammenhaltung des Polenclubs weil dieser in seinem Zusammenschlusse eben in der Lage wäre, auf dem von uns bezeichneten Gebiete zu wirken und wenn die galizischen Abgeordneten in kleineren Gruppen zerbröckelt wären, könnte man nicht einmal eine Hoffnung hegen, dass für Galizien in oekonomischer Beziehung je etwas gethan werden wird.

Wir würden aber auch die Unterstützung der Socialisten bei den bevorstehenden Wahlen unseren Glaubensgenossen empfehlen, wenn diese weniger gegen die Regierung und den Polenclub verhetzen und sich mehr auf die Ausbildung und Versorgung der Arbeiter durch die Förderung der Entwicklung der Industrie verlegen würden. Diesfalls wäre die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, dass selbst der Polenclub manche politische Forderungen der Socialdemokraten unterstützen würde.

(Fortsetzung folgt.)

INTERPELACYA.

Grono wyborców izraelickich w Krakowie prosi nas o umieszczenie następującej interpelacyi do kandydatów na posłów do Rady państwa z kuryi III. okręgu wyborczego miasta Krakowa.

Za kilka tygodni już przystąpią wyborcy do urny wyborczej, aby wybrać posłów z naszego grodu do Rady państwa. Ruch wyborczy w pełnym toku. Stronnictwo konserwatywne i demokratyczne objawiają swoje zapatrywania na różne kwestye społeczne i ekonomiczne przez czasopisma lub ustnie przez swoich kandydatów na zgromadzeniach, które się odbywają dla wszystkich wyborców lub też dla zaproszonych zwolenników, omijając zupełnie kwestyę żydowską. Nie będzie może od rzeczy, jeżeli tym kandydatom, którzy się ubiegają o mandat do Rady Państwa przypomniemy przy sposobności, że w Krakowie więcej jak dwa tysiące wyborców żydowskich mają przystąpić do urny, i ci chcieliby także wiedzieć, jak się kandydaci zapatrują na kwestyę żydowską. Że taka istnieje, nie ulega żadnej wątpliwości. Od kilkunastu lat czasopisma nawet poważne, a tem więcej i mniej poważne, zarzucają żydom wstrętne, ohydne i kłamliwe zbrodnie, zachęcając swoich czytelników do gwałtu, co więcej prokurator Państwa w Tarnopolu, oskarżając żyda za zbrodnię popełnioną, w oskarzeniu enuncyował, że religia żydowska nakazuje żydom innowierców oszukać i wyzyskać, mimo, że wie, albo wiedzieć powinien, że religia żydowska jest podstawą religii chrześciańskiej. Za zbrodnie popełnione przez jednostki rzucają czasopisma rozmyślnie kalumnie na ogół. Wyborcy żydowscy pragną wiedzieć, czy kandydaci na posłów do Rady Pańswa, jeżeli będą wybrani, będą się starali, aby w przyszłości w państwie austryackiem za swoje czyny zbrodnicze odpowiadał tylko ten żyd, który je popełnił, czy posłowie wybrani będą się starali, aby równouprawnienie, które dotychczas istnieje na papierze, w rzeczywistości było zastósowane i do żydów?

Grono wyborców żydowskich.

Bezpłatne pośrednictwo pracy.

W ostatnim numerze „*Wschodu*“ mieści się następujący artykuł:

Odkąd ludzie żyją na świecie, istnieje miłość bliźniego. Uczuciu temu zawdzięczają ubodzy, że inni ludzie ich losem się zajmują. Nawet dzicy okazują litość na widok obcej niedoli. Z współczucia powstaje chęć dopomagania drugim. Pomoc skierowaną jest najpierw ku zaspokojeniu głównych potrzeb biednego. Ten prymitywny sposób wspierania ubogich dotychczas się utrzymał. Wyrządza on jednak czasem więcej szkody, aniżeli pomaga, demoralizując obdarowanego. Później powstają zakłady dobroczynne, poświęcone rozmaitym celom humanitarnym. Mają one tę zaletę, że ubogi nie przyjmuje jałmużny bezpośrednio z rąk dobroczyńcy. Ale w zakładach dobroczynnych znajdują tylko umieszczenie niezdolni do pracy ubodzy. O tem, że i zdrowy człowiek niezasłużenie popaść może w nędzę, nie myślano dawniej wcale. Dopiero w najnowszych czasach utrwaliło się przekonanie, że na społeczeństwie cięży obowiazek opiekowania się ekonomicznie słabymi. Równie nieszczęśliwym i poparcia godnym jak chory, jest bowiem i zdrowy człowiek, który bez własnej winy na życie zarabiać nie może. Uchronić takie jednostki, przez dostarczenie im sposobności do pracy od niechybnej zguby jest ważnem zadaniem społecznem. Więcej jeszcze niż strona materyalna, wzgląd etyczny wchodzi tu w rachubę — gdyż nędza jest, jak wiadomo. złą doradczynią,

a kto raz tylko po jałmużnę rękę wyciągnął, jest dla społeczeństwa na zawsze straconym.

Jako skuteczny środek przeciw nędzy, bezrobociem spowodowanej, zalecają obecnie powszechnie bezpłatne pośrednictwo pracy.

Początków tej instytucyi szukać należy w cechach średniowiecznych, gdzie każdy wędrujący czeladnik miał przytułek i zajęcie u wyznaczonego majstra.

Pośrednictwem pracy za opłatą drobnej należytości zajmował się dalej urząd publiczny, (das kaiserliche Frageamt) przez cesarza Józefa I. w r. 1707 utworzony.

Później powstały prywatne biura stręczeń, które to na zysk obliczone instytucye działają raczej na szkodę, niż na korzyść ubogiej ludności.

To spowodowało stowarzyszenia robotników, że same objęły rolę pośredników między pracodawcami a szukającymi zajęcia, prowadząc wykazy wolnych posad, z których każdy może korzystać.

Tak samo zajmują się rozmaite zakłady dobroczynne bezpłatnem pośrednictwem pracy.

Dopiero w ostatnich dziesięciu latach sprawa ta, dla pracujących ważna i doniosła, ustawiczego doczekała się uregulowania.

W niektórych krajach, n. p. w Ohio i Luksemburgu, istnieją państwowe centralne biura pracy.[1])

Komunalne biura pośrednictwa pracy mają miasta francuskie, niemieckie, włoskie, szwajcarskie, belgijskie i t. d.

W Niemczech, od r. 1894, każda gmina licząea przynajmniej 10.000 mieszkańców, obowiązaną jest własnym kosztem w życie wprowadzić biuro bezpłatnego pośrednictwa pracy.

Tylko Austrya pod tym względem pozostała w tyle. Oprócz §. 116 ustawy przemysłowej, nakazującej Stowarzyszeniom prowadzenie wykazów wolnych posad, ustawodawstwo austryackie nie zawiera żadnych do tej kwestyi odnoszących się przepisów prawnych[2]).

Niektóre większe miasta austryackie, a między niemi Kraków i Lwów utrzymują jednak własnym kosztem biura bezpłatnego pośrednictwa pracy.

Historyczny rozwój tej instytucyi wskazuje na to, że zakładom publicznym należy się pierwszeństwo przed prywatnymi, a komunalnym przed państwowymi. Państwowe biura pracy bowiem tylko w mniejszych krajach, jak n. p. w Luksemburgu, należycie mogą funkcyonować. Zaprowadzenie takich samych zakładów w większych państwach natrafiłoby zaś na nieprzyzwyciężone techniczne trudności.

[1]) W Luksemburgu poczta pośredniczy między pracodawcą a robotnikiem. Szukający zajęcia lub mający miejsce do obsadzenia, uwiadamia o tem urząd pocztowy na specyalnej karcie korespondencyjnej za 5 centymów. Poczta załatwia ofertę natychmiast, lub posełą ją do głównego urzędu pocztowego, który prowadzi wykaz wszystkich miejsc wolnych. Lista ulegająca ciągłym zmianom, wywieszoną zostaje dla użytku publiczności tak w głównym, jakoteż we wszystkich lokalnych urzędach pocztowych. (p. „Schriften des deutschen Vereines für Armenflege und Wohlthätigkeit").

[2]) W r. 1895 przyjął parlament austryacki na wniosek posła Dra Mengera rezolucyę, wzywającą Rząd do ustawniczego uregulowania sprawy bezpłatnego pośrednictwa pracy.

Z natury rzeczy przypada więc gminom obowiązek urządzenia biur pracy, zwłaszcza, że i opieka nad ubogimi należy de ich zakresu działania. O jeden krok bowiem oddalony jest robotnik bez zajęcia od ubogiego, z funduszów publicznych czerpającego, o jeden krok tylko, a jednak, jak wielkim jest ten przedział pod względem moralnym i etycznym! Stać ciągle na straży, i nie dopuszczać do przekroczenia tej granicy, a więc przeszkodzić spauperyzowaniu szerszych mas ludności robotniczej, jest większem zadaniem, z którego tylko gmina należycie wywiązać się może. Gmina bowiem sama zatrudnia wielu robotników, może więc szukającym pracy łatwo dać zarobek[1]).

Robotników zaś, którzy w miejscu zajęcia nie znajdują, powinna gmina wysyłać w takie okolice, gdzie brak sil roboczych daje się uczuwać.

Działając w ten sposób, gmina spełnia swoją powinnośc, a przytem spodziewać się może ciągłego ubytku wydatków na utrzymanie ubogich.

W Berlinie i Wiedniu istnieją żydowskie biura pośrednictwa pracy, rozwijające nader pożyteczną i zbawienną działalność.

Również i Przełożeństwo tutejszego Zboru izraelickiego powzięło myśl założenia podobnego biura. Byłoby bardzo pożądanem, aby takie zakłady powstały także i w innych większych gminach żydowskich. Koszta utrzymania biur pracy są nader skromne, zaś korzyść z nich wynikająca, może być bardzo znaczną. Za pomocą biur pracy bowiem gminy żydowskie osiągnąć mogą cele nadzwyczaj ważne i daleko idące, t. j. reformę dobroczynności publicznej.

Znaną i przysłowiową jest dobroczynność żydowska, której korzenie tkwią w przepisach religii. Wszyscy żydzi są braćmi. Cały Izrael stanowi jedną wielką rodzinę, której członkowie obowiązani są wspierać się wzajemnie. Ubogi nie prosi, lecz żąda wsparcia, a bogaty daje jałmużnę, czując się do tego obowiązanym. W tak jasnem świetle przedstawia się dobroczynność żydowska, ale odwrotna strona niedoli nie jest tak piękną. Łatwość osiągnięcia jałmużny i tysiącletnia niedola stłumiły w niższych sferach żydowskich poczucie własnej godności. Zdarza się niestety coraz częściej, że robotnik, nawiedzony nieszczęściem, nie próbuje nawet podnieść się własnemi siłami, ale natychmiast apeluje do niewyczerpanej ofiarności swoich współwyznawców.

Taki stan rzeczy gwałtownie domaga się reformy. Trzeba raz nareszcie zerwać z fałszywą sentymentalnością, nie odmawiającą nikomu jałmużny!

Jałmużna jest bowiem trucizną, która tylko ból uśmierza, ale choroby radykalnie wyleczyć nie jest w stanie. Bezmyślne dawanie jałmużny jest czynem wręcz szkodliwym. Kto jeszcze może pracować, nie po-

[1]) Niektóre miasta niemieckie, n. p. Stuttgart, utrzymują wielkie składy drzewa opałowego, przy których tysiące robotników stałe znajdują zatrudnienie. Przedsiębiorstwa te wcale dobrze się rentują, a nawet dają zyski, które do funduszu ubogich wpływają.

winien żebrać, chyba gdyby pomimo starań nie znalazł zajęcia. Zdolnych do pracy ubogich należy bezwarunkowo odsyłać do biura pracy. Przy dobrych chęciach pracy znajdzie się zawsze podostatkiem. Ubogich koniecznie zachęcać należy do pracy, nawet do takiej, jakiej żydzi dotychczas się nie podejmowali. Należy ich zaznajomić z przyjemnością, jaką sprawia praca i wzbudzić w nich pewną wiarę w siebie, coś, jakby godność osobistą.

Szczególnie wpływać należy na dzieci, aby jałmużny nie przyjmowały, lecz by zapracowały to co otrzymują, słowem należy dążyć do podniesienia moralnego poziomn naszych braci.

Oto zadanie, jakie przypada zarządom gmin żydowskich, zadanie zaszczytne i wdzięczne.

Dr. Salomon Bund.

Correspondenzen.

Kischiniew. Als christliche Freunde des jüdischen Ackerbaues haben sich die Landwirthe des Kreises Orgjejew im Gouvernement Bessarabien erwiesen. Durch die Munificez zweier hervorragender Vertreter der Landwirthschaft in diesem Kreise, des Flügel-Adjutanten Oberst Shiwkowitsch und des Adelsmarschalls Januschewitz ist vor 2 Jahren nahe bei Orgjejew eine jüdische Ackerbauschule entstanden. Dieselbe umfasst gegenwärtig 42 Ha. Land, auf dem von 25 Schulern im Alter von 13—17 Jahren unter Leitung zweier Lehrer Getreide-Obst- und Weinbau betrieben werden. Die Mittel dieser Schule sind minimal. Die Gehälter werden von der Ica. gezahlt, wärend die Schüler fast ausschliesslich von dem Ertrage ihrer Arbeit sich ernähren müssen. Sämmtliche häussliche wie landwirthsschaftliche Arbeiten werden nämlich ausschliesslich von den Schülern selbst verrichtet, die von Morgens früh bis Abends spät arbeiten und sich durch ihren Fleis die Achtung der Bauern der ganzen Umgebung erworben haben. Da in der Schule für die Landwirthschaft des ganzen Kreises wichtige Versuche mit Getreide-Obst- und Weinsorten gemacht werden, und da ferner auch die Juden direct und indirect zu den Lasten der Landwirthschaft beitragen, so beschloss der landwirthschaftliche Kreistag des Kreises Orgjejew diese Schule mit 300 Rubel zu unterstützen.

Der Antrag auf Bewilligung der 300 Rubel durch den landwirthschaftlichen Kreistag enthält noch eine allgemeine Motivirung, in welcher die Bedeutung der Landwirthschaft für das gesammte russische Judenthum hervorgehoben wird. Die historische Entwickelung heisst es in diesem hochinteressanten Document hat die Juden zu einer Stadtbevölkerung gemacht, während die grosse Masse des russischen Volkes bei der Landwirthschaft verblieben ist. So ist zu dem Gegensatz der Religion und der Nationalität noch ein eokonomischer Gegensatz, der Gegensatz zwischen Stadt und Land hinzugeben, um die Kluft zwischen Juden und Christen noch mehr zu erweitern. In der letzten Zeit sind die Folgen dieses oekonomischen Gegensatzes dem Juden ganz besonders zum Bewusstsein gekommen, sie erkennen auch, dass die Landwirthschaft wie kein anderer Erwerb geeignet ist, die Existenz einer Familie sicherzustellen. Daher ist das jüdische Proletariat namentlich in Bessarabien in heissen Bemühen bestrebt, sich durch den Ackerbau eine Existenz zu erringen. Bis jetzt hat das provisorische Gesetz vom 3. Mai 1882 die Entstehung eines jüdischen Bauernstandes in Bessarabien verhindert, es ist jedoch zu hoffen, das die Juden nicht nur von den Fesseln der Maigesetze befreit, sondern in ihren Bestrebungen sich der Landwirthschaft zuzuwenden, von Staat und Gesellschaft unterstützt werden dürften.

LOKALES.

Oeffentliche Plenarsitzung des Cultusvorstandes. Am. 28. v. M. hat eine oeffentliche Plenarsitzung des hiesigen Cultusvorstandes stattgefunden. Anwesend waren 22 Mitglieder und den Vorsitz führte der Präses, Herr Dr. Leon Horowitz. Zunächst wurde das Protokoll der letzten Sitzung verlesen und nachdem keiner der anwesenden Vorsteher zu solchem was einzuwenden hatte, wurde solches von den Herren Vorstehern Dr. Samuel Tilles und Abraham Margulies unterfertigt.

Hierauf hat der Präses ein Schreiben des Vorstehers, Herrn Dr. Ludwig Lustgarten, verlesen, mit welchem derselbe seinen Austritt aus dem Vorstande anzeigt und zugleich darin sein Befremden zum Ausdruck bringt, dass seine an den Präsidenten diesbezüglich bereits gerichtete Zuschrift vom demselben dem Plenum nicht vorgelegt wurde. Der Präses rechtfertigte diese Unterlassung mit dem Umstande, dass das erste in Rede stehende Schreiben nicht an den Vorstand, sondern an seine Adresse gerichtet war. Der Präses eröffnete eine Debatte über die Resignation des Herrn Dr. Lustgarten und auf Antrag des Vicepräsidenten, Herrn Hirsch Landau, wurde der Beschluss gefasst, die Resignation des Herrn Dr. Ludwig Lustgarten nicht anzunehmen, denselben zu ersuchen, dass er diese zurückzieht.

Dei Verein »Hicharru« hier hat seine Statuten geändert und in diese die Bestimmung aufgenommen, falls der Verein sich auflöst, übergeht das Vermögen desselben in die Verwaltung des Cultusvorstandes. Da die k. k. Statthalterei besagte Statutenaenderung erst dann bestätigen will. wenn der Vorstand erklärt haben würde, dass er diese Verwaltung im Falle der Auflösung des Vereines »Hicharru« solange besorgen will, bis sich eventuell mit diesem Fonds ein Verein mit ähnlichem Zwecke gründen würde, bittet der Präses die Vorstehung, ihn zu ermächtigen, diese Erklärung der k. k. Statthalterei zu geben. Ueber diesen Punkt eröffnete der Vorsitzende eine Debatte, an welcher sich die Vorsteher Herren Abraham Margulies, Gedalie Langrock und Dr. Samuel Tilles betheiligten und erwähnte Ermächtigung wurde dem Präsidenten zu Theil.

Der Siechenverein hier hat auch die Statuten geändert und in dieselbe die Bestimmung aufgenommen, dass im Falle von Streitigkeiten in diesem Vereine,

hätte der Vorstand aus seiner Mitte einen Obmann für das Schiedsgericht zu nominiren, welches über die Streitsache zu entscheiden haben würde. Auch diesbezüglich hat die k. k. Statthalterei die Zustümmungserklärung des Vorstandes abverlangt, und wurde beschlossen, solche zu ertheilen. Sonach theilt der Präses mit dass die Gemeinde Myskolcz in Ungarn sich an den Vorstand mit der Bitte gewendet habe, ihr für die neu erbaute Synagoge einen polnischen Cantor mit gesanglicher Bildung zu empfehlen. Für diesen ist ein Jahresgehalt von 2.400 Kronen bestimmt. Vorsteher Herr Gedalie Langrock weist darauf hin, dass über die Sitzungen des Vorstandes ohnehin Berichte in der *„Sprawiedliwość“* veröffentlicht werden und die Vacanz des Cantorpostens in der Gemeinde Myskolcz wird vermittelst des Berichtes von der heutigen Sitzung von selbst in die Oeffentlichkeit gelangen.

Der Präses legte dann der Vorstehung eine Eingabe des Rabbinates vor, in welcher dieses den Vorstand aufmerksam macht, dass die Schülerinen der Schule „Pod wawłem« gezwungen werden an Samstagen zu schreiben, und er erklärte die Sache vorerst genau zu untersuchen und die geeignete Schritte zu unternehmen, um der Beschwörde des Rabbinates gerecht zu werden.

Zum Schlusse wurde Akademiker. Herr Israel Lack, auf geheimer Sitzung, mit der Secretär-Stellvertretung des Cultusvorstandes betraut und der Präses schloss die Sitzung.

Spende für die Volksküche. Bei seiner jüngsten hiesigen Anwesenheit hat Herr Dr Arnold Rapoport, Edler v. Porada zu Händen der Vorsteher, Herren M. L. Ohrenstein und Abraham Margulies, für die jüdische Volksküche hierorts, den Betrag von 1.000 Kronen gespendet, und erlaubt sich hiermit das Comité der Volksküche dem edlen Spender den Dank auszusprechen.

Herr Dr. Anton Schudmak, der sich hier als Student schriftstellerisch bethätigte, bei Vereinen harvorragend mitwirkte und eines Namens sich erfreute, ist nach langjährigen Studien und Prakticiren an bedeutenden ausländischen Kliniken nach seiner Geburtsstadt Krakau rückgekehrt und widmet sich daselbst der aerztlichen Praxis. Möge dessen Wirken zum Zwecke der Linderung der Leiden der Menschheit immer von Erfolg gekrönt sein.

Verantwortlicher Redacteur: Ch. N. Reichenberg. W drukarni Józefa Romana Łakocińskiego w Krakowie.